



**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

**mit diesem letzten Infobrief im Jahr 2019 möchte ich Euch eine schöne Adventszeit, erholsame Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr wünschen. In den vergangenen Wochen war wieder einiges los im Bundestag:**

Wir haben es geschafft: Die **Grundrente** kommt! Wer jahrzehntlang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter eine Rente bekommen, die das Auskommen sichert und besser dastehen, als jemand, der keine oder nur kurzzeitig Beiträge geleistet hat. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, der Anerkennung von Lebensleistung und ein Kernversprechen unseres Sozialstaates, auf das sich Menschen verlassen können sollen. Die neue Grundrente werden alle Rentnerinnen und Rentner erhalten, die mindestens 35 Jahre Pflichtbeitragszeiten aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit nachweisen können. Von der Neuregelung profitieren unter anderem besonders viele Frauen, die häufig der Familie wegen nur Teilzeit gearbeitet haben oder in Berufen mit geringen Löhnen. Lange gekämpft haben wir für die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, da sie keine Sozialhilfeleistung ist, sondern durch eigene

Leistung erworben wird. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht erst ihre Einkommen- und Vermögensverhältnisse offenlegen müssen, wie dies bei Sozialhilfeleistungen der Fall ist, oder gar ihr selbstgenutztes Wohneigentum aufgeben müssen. Die Grundrente wird stattdessen nach einer automatischen Einkommensprüfung an alle Berechtigten direkt ausgezahlt. Nur zusätzliche Einkommen über einem Freibetrag von 1250 Euro für Alleinstehende und 1950 Euro für Paare werden angerechnet. Wir sind froh, dass wir uns in diesem Punkt durchsetzen konnten und die Grundrente für Bestands- und Neurentner ab dem 01. Januar 2021 eingeführt wird. Gemeinsam mit der Grundrente haben wir auch eine Einigung bei der sogenannten **Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen** erzielt, zu der mich in den letzten Monaten viele Zuschriften Betroffener erreicht haben. Bisher →



gab es hier eine Freigrenze von 155,75 Euro unterhalb derer keine Krankenkassenbeiträge bezahlt werden mussten, oberhalb derer aber auf die gesamte Betriebsrente der volle Krankenkassenbeitrag, d.h. der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil erhoben wurde. Das hat die Attraktivität von Betriebsrenten stark verringert. Ab 2020 wandeln wir die Freigrenze daher in einen dynamisierten Freibetrag um. Wessen Betriebsrente höher ist, für den bleibt dieser Freibetrag beitragsfrei, d.h. nur aus den Betrag oberhalb des Freibetrags müssen Beiträge gezahlt werden. Mindestens 60 Prozent der Betriebsrentnerinnen und -rentner zahlen dann de facto maximal den halben Beitragssatz, die weiteren 40 Prozent werden spürbar entlastet. Wir senden damit ein deutliches Signal für die **Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge!**

---

Im letzten Infobrief hatte ich es euch bereits ausführlich dargestellt, jetzt ist es schon im Bundestag beschlossen: Deutschland hat ein **Klimaschutzgesetz**. Das Klimaschutzgesetz ist das Herzstück und gleichzeitig der Anfang in einer Reihe aus Gesetzen, die wir beschließen werden, damit wir unsere Klimaschutzziele 2030 und letztendlich bis 2050 Klimaneutralität erreichen. Gemeinsam mit dem Klimaschutz-



gesetz haben wir auch die Einführung eines nationalen **Brennstoffemissionshandels** für die Sektoren Wärme und Verkehr beschlossen. Wir geben Treibhausgasen damit erstmals einen Preis, der dafür sorgt, dass klimaschädliche Alternativen stetig teurer werden. Die Einnahmen aus diesem Handelssystem investieren wir in Klimaschutzmaßnahmen oder geben sie direkt an die Bürgerinnen und Bürger zurück. So senken wir beispielsweise die EEG-Umlage, wodurch der

Strompreis sinkt und klimafreundliche Alternativen günstiger werden. In meiner Rede habe ich außerdem auf die **steuerlichen Maßnahmen** im Klimaschutzpaket hingewiesen: Wir entlasten Pendlerinnen und Pendler durch die Anhebung der Entfernungspauschale und die Einführung eines Mobilitätsgeldes, investieren aber gleichzeitig Milliarden in die Deutsche Bahn und den ÖPNV, um möglichst bald überall Alternativen zum Auto anbieten zu können. Wir senken die Mehrwertsteuer auf Bahntickets von 19% auf 7%, während wir die Steuern für Kurzstreckenflüge überproportional erhöhen. Wir wollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger für klimafreundliche Alternativen entscheiden können. Meine Rede findet ihr [hier](#), mehr Informationen zum Klimaschutzpaket [hier](#). →

Bereits in der ersten Sitzungswoche im November haben wir das **Jahressteuergesetz** verabschiedet, in dem Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität und weitere steuerliche Änderungen enthalten sind. In meiner [Rede zu dem Gesetzentwurf](#) habe ich einen für unsere Region besonders wichtigen Punkt herausgegriffen: In Zeiten immer weiter steigender Mieten wollen wir **bezahlbaren Wohnraum** erhalten und schaffen. Das Jahressteuergesetz enthält eine wichtige Neuregelung in diesem Bereich. Unternehmen, die ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern **vergünstigten Wohnraum** dem ortsüblichen Mietwert anbieten wollten, wurden bisher ausgebremst. Die Mieterinnen und Mieter solcher Wohnungen mussten nämlich dann den geldwerten Vorteil versteuern. Im letzten Jahr hatte der Fall der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul in München Aufsehen erregt. Ab dem 01. Januar 2020 führen wir nun einen Bewertungsabschlag ein, sodass nur noch versteuert werden muss, was mehr als ein Drittel von der ortsüblichen Miete abweicht. Mehr dazu auch in der [Pressemitteilung der SPD-Landesgruppe Bayern](#).



Ein Pflegefall in der Familie ist oft eine emotionale und logistische Herausforderung und kann darüber hinaus auch zu einer schweren finanziellen Belastung werden. Viele Menschen sorgen sich, wie sie das bewältigen sollen. Um diese Menschen zu



unterstützen haben wir im Bundestag jetzt das **Angehörigen-Entlastungsgesetz** verabschiedet. Bisher mussten sie für den Unterhalt und damit für die Pflegekosten ihrer pflegebedürftigen Eltern oder Kinder aufkommen, wenn diese Hilfen zur Pflege erhalten. Künftig wird auf das Einkommen der Angehörigen erst dann zurückgegriffen, wenn sie **mehr als 100.000 Euro im Jahr verdienen**. Ansonsten werden die Kosten für die Hilfe zur Pflege vom Staat übernommen. Der Unterhaltsrückgriff in der Sozialhilfe wird demnach bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro und in der Eingliederungshilfe gegenüber Eltern volljähriger Kinder mit Behinderungen sogar vollständig entfallen. Ich bin froh, dass das Angehörigen-Entlastungsgesetz kommt, denn es ist für mich ein Ausdruck der **Solidarität in unserer Gesellschaft**. →

Meine Arbeit im **Finanzausschuss** und im **Umweltausschuss** nimmt in Berlin einen großen Teil meiner Zeit in Anspruch. Doch ist es mir ein großes Anliegen, über diese Fachgremien hinaus an den großen roten Linien sozialdemokratischer Politik und der inhaltlichen Erneuerung unserer Partei mitzuarbeiten. Das tue ich zum Beispiel mit den gemeinsamen Veröffentlichungen mit den 12 jungen, neuen Abgeordneten oder als einer der Sprecher der SPD-Denkfabrik. Deshalb freue ich mich sehr, dass ich Anfang November zum neuen **Sprecher der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und Soziale Integration** der SPD-Bundestagsfraktion gewählt wurden. Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist ein Kernthema sozialdemokratischer Politik, ob bei der Frage einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung, bei höheren Löhnen, bei gleichen Bildungschancen oder bei bezahlbarem Wohnraum. Ich freue mich auf die neue Aufgabe und danke meiner Vorgängerin Daniela Kolbe für ihre Arbeit in den letzten Jahren.



---

Die sogenannte „Schwarze Null“ und die **Schuldenbremse**, also der weitgehende Verzicht auf **kreditfinanzierte öffentliche Investitionen** stehen inzwischen in der Kritik von zahlreichen Ökonomen, Arbeitnehmerverbänden und Gewerkschaften. Beim Fachgespräch zum Thema Schuldenbremse in der vergangenen Woche in Berlin konnte ich unter anderem mit den Volkswirten Prof. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und Prof. Jens Südekum vom Düssel-



dorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) diskutieren. Im in der letzten Woche verabschiedeten Bundeshaushalt 2020 sind Rekordinvestitionen von 42,9 Mrd. Euro vorgesehen. Das ist ein gutes Signal, das in den nächsten Jahren ausgebaut werden muss. In der Politik wie der Fachwelt herrscht nämlich viel Einigkeit darüber, dass

es einen großen **Investitionsbedarf** insbesondere bei Digitalisierung, Klimaschutz, Bildung und der Bahn gibt. So fordern etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB Bundesvorstand) gemeinsam ein groß angelegtes Investitionsprogramm. Dann stellt sich jedoch die Frage nach der Finanzierung. Die landesweit bekannten Finanzexperten Hüther und Südekum halten die Schuldenbremse für äußerst fragwürdig. Kreditfinanzierte Investitionen seien unter diesen Bedingungen vielmehr volkswirtschaftlich sinnvoll und generationengerecht. Es braucht daher dringend eine Debatte über die Reform der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und darüber, wie wir die notwendigen Investitionen in die Modernisierung unseres Landes ermöglichen. →

Denn ich bin durchaus der Meinung, dass die Schuldenbremse die Zukunft Deutschlands bremsen kann. Die Auswirkungen dieser Fiskalpolitik sehen wir bereits täglich in unseren Landkreisen: Es gibt einen großen Investitionsstau an Schulen, bei der Digitalisierung, im öffentlichen Nahverkehr und beim bezahlbaren Wohnen.

---

Heute werden wir auf dem Parteitag unsere **neue Parteispitze** wählen! Die Mitglieder haben entschieden und ich sage: Herzlichen Glückwunsch an **Saskia**



SASKIA ESKEN &  
NORBERT WALTER-BORJANS

53,06 %



**Esken und Norbert Walter-Borjans.** Jetzt geht die Arbeit erst richtig los! Denn wir brauchen gute Regierungsarbeit und zugleich eine inhaltliche Neubestimmung unserer Partei. Vor allem brauchen wir aber **Solidarität** und Geschlossenheit, um mit neuem Schwung zu alter Stärke zu kommen.

---

### +++ VERANSTALTUNGEN UND TERMINE IM WAHLKREIS+++

Anfang nächsten Jahres stehen einige **interessante Veranstaltungen** bei uns in den Landkreisen auf dem Programm. Es ist uns gelungen, einige **spannende Redner und Diskussionsteilnehmer** einzuladen. Bitte kommt zahlreich! Weitere Details gibt es in meinem nächsten Infobrief im Januar sowie vor den Veranstaltungen auf meiner Homepage und Facebook-Seite.

#### \*\*\* 3. Februar 2020 | Dachau \*\*\*

„Fraktion vor Ort“ mit dem **stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus Matthias Miersch** zum Thema „Soziale Klimapolitik“

#### \*\*\* 13. Februar 2020 | Gröbenzell \*\*\*

Veranstaltung mit dem **Bundesvorsitzenden der Jusos Kevin Kühnert** im Gespräch mit dem Bürgermeisterkandidaten Gregor von Uckermann

#### \*\*\* 18. Februar 2020 | Olching \*\*\*

Veranstaltung mit dem **Nürnberger Oberbürgermeister Uli Maly**



\*\*\* 26. Februar 2020 | Puchheim \*\*\*

Politischer Aschermittwoch des SPD-Unterbezirks FFB

\*\*\* 27. Februar 2020 | Karlsfeld \*\*\*

Politischer Ascherdonnerstag mit **Bundesumweltministerin Svenja Schulze** zum Thema „Soziale Umweltpolitik“

---

+++ VOR ORT UNTERWEGS +++

Ich habe mich sehr gefreut, bei der **100-Jahre-Feier der SPD Gaimersheim** dabei zu sein. Bürgermeisterin Andrea Mickel betonte in ihrer Rede, dass die Genossinnen und Genossen vor Ort in den letzten 100 Jahren viele Dinge geschafft haben – politisch aber auch als Organisatoren für viele Veranstaltungen. Dem konnte ich mich nur anschließen und darauf eingehen, dass sozialdemokratische Themen auch heute hochaktuell sind. Als Beispiele habe ich den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Verteilungsgerechtigkeit, bezahlbaren Wohnraum und die Sicherstellung der Daseinsvorsorge aufgeführt. Ich danke den Gaimersheimer Genossinnen und Genossen für Ihre engagierte Arbeit und die Einladung zu diesem schönen Abend.



Herzliche Grüße  
Euer

*Michael Meodi*

